

Brand am Bahnhof Interlaken

INTERLAKEN Ein privates Lokomotiv-Depot am Bahnhof Interlaken Ost ist gestern Morgen ausgebrannt. Verletzt wurde niemand. Drei Stunden lang konnten keine Züge verkehren. Insgesamt 90 Feuerwehrleute standen im Einsatz und brachten den Brand unter Kontrolle. Die Brandursache sowie die Höhe des Sachschadens werden nun untersucht, wie die Kantonspolizei Bern mitteilt. Die ausgefallenen Züge wurden durch Busse ersetzt. Bereits am Freitag brannte eine Scheune in Algetschhausen SG. Der Bahnverkehr zwischen Schwarzenbach und Uzwil war ebenfalls für Stunden gesperrt. (RED)

Sommaruga will Gesetze für Lohngleichheit

BERN Bundesrätin Simonetta Sommaruga stellte am Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) staatliche Massnahmen in Aussicht, um Lohngleichheit zu erreichen: «Wenn es die Wirtschaft alleine nicht schafft, dann muss die Politik nachhelfen», sagte sie in ihrer Rede laut einer Mitteilung des SGB. Der freiwillige Ansatz habe sich nicht als tauglich erwiesen. Die 200 Teilnehmerinnen der Konferenz fordern in einer gemeinsamen Resolution «Kontrollen und Sanktionen», um das seit 17 Jahren geltende Gleichstellungsgesetz durchzusetzen. Noch immer verdient der Grossteil der Frauen für die gleiche Arbeit rund 20 Prozent weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen. (RED)

Lehrer wollen nur noch eine Fremdsprache

DAVOS Der Lehrerdachverband (LCH) fordert, den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule auf eine Sprache zu reduzieren. Einen entsprechenden Antrag nahm die Präsidentenkonferenz des LCH in Davos an. «Die Konsultation zum Lehrplan 21 hat im Bereich der Fremdsprachen klar ergeben: Die Lehrerschaft will das Angebot für zwei Fremdsprachen in der Primarschule erhalten – allerdings nicht obligatorisch für alle», fasste LCH-Präsident Beat Zemp gegenüber dem SRF zusammen. Englisch und eine zweite Landessprache für alle ab dem dritten und fünften Schuljahr – diese einheitliche Strategie hatte die Erziehungsdirektorenkonferenz vor zehn Jahren beschlossen. 2015 soll Bilanz gezogen werden. (RED)

WETTER

Hochnebel

Oberhalb von rund 1200 Metern und im Süden scheint heute die Sonne. Ansonsten ist es hochneblig bei 4 bis 6 Grad. **32**

GEWINNZAHLEN

Schweizer Zahlenlotto Plus:

4	13	15	16	29	30
Glücks-Zahl					
1					
Replay-Zahl					
5					

Die Gewinne:

6 GZ	0 à CHF	-
6	0 à CHF	-
5 GZ	17 à CHF	5 437.20
5	104 à CHF	1 000.00
4 GZ	631 à CHF	190.70
4	3 761 à CHF	79.85
3 GZ	9 416 à CHF	32.25
3	59 913 à CHF	10.10

Jackpot 29 500 000

Joker:

4	8	6	5	4	7
6					
0 à CHF					
5					
4 à CHF					
10 000.00					
4					
26 à CHF					
1 000.00					
3					
250 à CHF					
100.00					
2					
2 379 à CHF					
10.00					

Euro Millions:

3	13	15	29	42
---	----	----	----	----

Sterne 1/4

PROSTITUTION

Diese Nationalräte wollen das

Der Bundesrat soll ein Verbot des käuflichen Sex prüfen. Damit soll der Menschenhandel bekämpft



VON BEAT KRAUSHAAR UND FABIANNE RIKLIN

Zehn Personen in Zürich in Haft, davon drei Polizisten. Ihnen wird vorgeworfen, vertrauliche Informationen ans Milieu weitergeleitet zu haben. Ferner stehen sie im Verdacht, Personen aus dem Milieu vor geplanten Polizeikontrollen gewarnt zu haben. Dies teilweise gegen sexuelle Dienstleistungen und Gratiskonsum von Getränken und Speisen. Der Skandal der Zürcher Milieupolizei von dieser Woche spielt dem wachsenden Befürworterkreis eines Verbots der Prostitution in die Hände.

Zu ihnen gehört EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat sie das Postulat «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung» eingereicht. Darin wird der Bundesrat aufgefordert, einen Bericht zu verfassen, mit dem «geprüft wird, inwiefern ein Verbot der Prostitution und des Kaufs von sexuellen Dienstleistungen in der Schweiz machbar wäre».

Das Erstaunliche daran: 43 Nationalräte aus allen Parteien haben das Postulat mitunterzeichnet. Darunter neben anderen: FDP-Fraktionschefin Gabi Huber, BDP-Präsident Martin Landolt, die Nationalräte Oskar Freysinger (SVP), Franziska Teuscher (Grüne) und Kathy Riklin (CVP).

STREIFF-FELLER IST ERFREUT über die Zustimmung von links bis rechts. «Es ist wichtig, dass auch die Schweiz zum Schutz der Frauen sämtliche Massnahmen prüft. Dazu gehört auch ein Verbot der Prostitution.» Die EVP-Nationalrätin sieht sich in ihrem Anliegen auch international bestätigt.

In Deutschland hat Frauenrechtlerin Alice Schwarzer einen «Appell gegen Prostitution» lanciert, der breite Unterstützung von Prominenten erfährt. Im Interview (siehe rechts) äussert sich die Frauenaktivistin Schwarzer begeistert über den Schweizer Vorstoss. Streiff-Feller wiederum gibt das Lob zurück: «Ich finde Schwarzer cool. Ihr Anliegen kommt von der emanzipatorischen Seite, meines aus einer Werthaltung heraus. Zusammen wollen wir dasselbe, den Schutz der Frauen», sagt Streiff.

Die Schweiz und Deutschland stehen mit ihrem Anliegen eines Verbots nicht alleine da. Auch in Frankreich, England und Österreich werden Verbote und restriktive Massnahmen gegen den käuflichen Sex vorbereitet oder bereits umgesetzt.

Streiff schwebt für die Schweiz das Modell Schweden vor. Dort gilt bereits seit 1999 das «Gesetz zum Verbot des käuflichen Erwerbs sexueller Dienstleistungen». Freier werden in Schweden mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu sechs Monaten belegt. Das Verbot der Prostitution wurde damit begründet, dass diese mit der Würde der Frau nicht vereinbar sei. Prostituierte werden bei dem Modell nicht bestraft, sondern geschützt.

In der Schweiz lehnen fast alle Fachorganisationen ein Prostitutionsverbot ab. Die Forderung nach einem

Verbot von Sexarbeit trägt das Problem von frauenverachtenden Geschlechterverhältnissen auf dem Rücken der Schwächsten aus – so ihre Meinung.

Auch SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga, deren Aktionsplan gegen Menschenhandel in der Vernehmlassung steht, spricht sich gegen ein Verbot aus. Sie will vor allem die Frauen besser schützen und glaubt nicht, dass dies mit einem Prostitutionsverbot erreicht werden kann.

Dass die Prüfung eines Prostitutionsverbots in der Schweiz jetzt trotzdem auf das politische Tapet kommt,

hat seine Gründe: Die Zunahme und die Auswüchse der Prostitution mit dem kürzlich geschlossenen Strassenstrich am Zürcher Sihlquai, die Diskussion um Sexboxen und der jetzt aufgeflogene Milieuskandal sorgen dafür, dass das älteste Gewerbe der Welt immer weniger mit dem Verständnis der Bevölkerung rechnen kann.

Prostitution wird heute vor allem als ein Geschäft mit kriminellen Machenschaften und Menschenhandel wahrgenommen. Einige Fakten dazu:

- > 15 000–20 000 Prostituierte arbeiten in der Schweiz. Sie bedienen 350 000 Freier (jeden fünften Mann zwischen 20 und 65 Jahren).
- > 3,5 Milliarden Franken – so viel beträgt der geschätzte Jahresumsatz im Milieu (nach Drogen und Waffenhandel das drittgrösste Geschäft).
- > 1992 löste die Revision des Sexualstrafrechts eine Zunahme der Prostituierten aus, weil Kuppelei und passive Zuhälterei nicht mehr strafbar sind.
- > Die Personenfreizügigkeit für Osteuropa löste einen weiteren Boom an Prostituierten aus. Zwei Beispiele dazu: In

FRAGE DER WOCHE

SOLL DIE PROSTITUTION IN DER SCHWEIZ VERBOTEN WERDEN?

Stimmen Sie ab

www.schweizamsonntag.ch oder E-Mail: leserbriefe@schweizamsonntag.ch



Im «Chilli's» sollen Polizisten Sex gegen Informationen erhalten haben. KEYSTONE

NACH RAZZIA: 30 FRAUEN ARBEITS- UND OBdachLOS

Opfer des Zürcher Milieu-Skandals sind nicht nur Besucher und Freier, die im Chilli's-Nachtclub abgezockt wurden. Leidtragende sind auch die dort arbeitenden und zum Teil wohnhaften Prostituierten, die auch **Polizisten für Informationen mit Sex bedienten**.

«Bei der Schliessung der Chilli's-Bar haben rund 30 bis 40 Frauen ihre Arbeit verloren. Diejenigen, welche dort gewohnt haben, auch ihr Obdach»,

sagt **Regula Rother**, Leiterin der Zürcher Stadtmission. Die Leiterin der Stadtmission, welche eine Anlaufstelle für Prostituierte betreibt, geht davon aus, dass die Frauen zum Teil bei **Bekanntem Unterschlupf gefunden haben**. Sie schliesst aber nicht aus, dass einige jetzt doppelt auf der Strasse stehen. Zum einen **ohne Dach über dem Kopf**, zum andern **um anzuschaffen**, nach-

dem sie ihren Job im Nachtclub durch die Schliessung verloren haben. Die Frauen könnten nicht, wie in anderen Branchen üblich, **Arbeitslosengeld beziehen**. Für diese kaum erwähnte Problematik des Zürcher Milieuskandals fühlt sich die Stadtpolizei **nicht zuständig**. Deren Kommandant Daniel Blumer sagt: «Die Aktion lief unter der Verantwortung der Staatsanwaltschaft.» (BKR)

NATIONALRÄTIN STREIFF-FELLER ist aufgrund dieser Fakten von ihrem Postulat überzeugt: «Das Modell aus Schweden zeigt, dass dort der Menschenhandel abnimmt.» Vom Bericht erwartet sie, dass dieser seriös gemacht wird und aufzeigt, was gegen den Menschenhandel wirkt.»

Und so geht es weiter: Der Bundesrat hat das Postulat im März entgegengenommen. Das Fedpol wird bis 2015 einen Bericht dazu ausarbeiten.

Patrik Müller
Chefredaktor

älteste Gewerbe stilllegen

und die Würde der Frau respektiert werden. Fachleute kritisieren, ein Verbot bringe nichts



■ POLIZEICHEF: «ICH BIN ENTÄUSCHT»

Der Zürcher **Polizeikommandant Daniel Blumer** hat hektische Tage hinter sich. Drei seiner Polizisten sitzen in Haft. Sie sollen **vertrauliche Informationen gegen Sex** getauscht haben. «Ich bin betroffen und enttäuscht, wenn sich die Anschuldigungen bewahrheiten und werde entsprechend handeln», sagt Blumer. Kritisiert wird die Fachstelle Milieu- und Sexualdelikte aber auch **wegen Organisationsmängeln**. Laut Regula Rother, Leiterin der Stadtmission, sollten Polizisten wegen der belastenden Arbeit **nicht länger als zwei bis drei Jahre** im Milieu arbeiten. «Sollte die Untersuchung zeigen, dass dies einer der Gründe für die Verfehlungen ist, kann man diesen Aspekt prüfen», sagt Blumer. Weiterer Kritikpunkt: Die **Machtkonzentration mit Korruptionspotenzial**. So ist die Fachstelle unter anderem auch für Bewilligungen von Salons und Ähnliches zuständig. Blumer: «Wir haben das schon angesehen und prüfen, ob man diesen Bereich **innerhalb der Fachgruppe aufteilen** kann.» Der Kommandant hat sich vorgestern mit der ganzen Truppe zu einem intensiven Meinungsaustausch getroffen. «Ich konnte dabei feststellen, dass die Gruppe **voll funktionsfähig ist**», sagt er. Ein Problem, dass die Arbeit im Milieu durch den Wegfall der Drei Inhaftierten und zweier beurlaubter Polizisten leidet, sieht Blumer nicht. «Da besteht kein Risiko. Wir können das personell ausgleichen.» (BKR/RIK)

«Das finde ich grossartig»

Die deutsche Feministin Alice Schwarzer über ein Prostitutionsverbot in der Schweiz

Was sagen Sie dazu, dass die Schweiz auch ein Prostitutionsverbot prüft?

Alice Schwarzer: Das finde ich grossartig! Denn das Elend in der Prostitution ist ja nicht auf Deutschland beschränkt. Und wir müssen selbstverständlich eine zumindest europaweite Lösung finden. Sonst werden die Armut- und Zwangsprostituierten einfach über die Grenze geschoben – und die Freier reisen hinterher. So wie wir heute Busladungen von Franzosen in deutschen Flattrate-Bordellen haben.

Ihre Argumente dafür?

Prostitution ist keine Dienstleistung. Menschen sind keine Ware. Es ist ein Skandal, dass die Pro-Prostitutions-Lobbyistinnen ein gesellschaftliches Klima schaffen konnten, in dem heute Prostitution nicht nur geduldet, sondern quasi propagiert wird. Es ist eben überhaupt nicht normal, einen Geldschein hinzulegen und dafür den Körper und die Seele eines Menschen benutzen zu können. Prostitution ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

Können Sie sich vorstellen, dass ein Verbot Erfolg hat?

Selbstverständlich! Ich habe am Freitag auf Bitten der in Berlin akkreditierten Auslandskorrespondenten eine Pressekonferenz gegeben – und da hat sich ganz klar abgezeichnet, dass die Stimmung in mehreren Ländern so ist, dass Prostitution nicht länger akzeptiert werden soll. Das schwedische Modell der Freierbestrafung soll ja auch in Frankreich und Irland eingeführt werden.

Ist Ihr Appell gegen die Prostitution erfolgreich?

Es ist die erfolgreichste Kampagne, die ich je initiiert habe. Bereits vier Tage nach Erscheinen des Appells war er Thema in den Koalitionsverhandlungen. Das ist beschlossen, Union und Sozialdemokraten werden das Gesetz ändern. Und ganz Deutschland diskutiert zurzeit über das Problem. Endlich.

Ist ein Verbot nicht kontraproduktiv?

Mit einem Verbot der Prostitution wäre es wie mit allen Verboten: Sie würden von manchen umgangen oder gebrochen werden. Aber dann hat man eine Handhabe, dagegen vorzugehen. Hinzu kommt: Gesetze sind ja auch Ausdruck des Rechtsempfindens einer Gesellschaft. Es muss einfach klar werden, dass Prostitution ein Verstoß gegen die Menschenwürde ist!

Und wenn die Frauen in den Untergrund abwandern?

Schlimmer kann es für die Frauen in der Prostitution nicht mehr kommen. In Deutschland sind heute Hunderttausende von Armut- und Zwangsprostituierten vorwiegend aus Rumänien oder Bulgarien im Untergrund. Sie werden als «Frischfleisch» von Grossbordell zu Grossbordell geschoben – und landen irgendwann auf der Strasse. Diese Frauen sind nicht registriert, es gibt keine Gesundheitskontrollen mehr, niemand kennt sie. Sie könnten von heute auf morgen einfach verschwinden. Niemand würde es merken.

INTERVIEW: FABIENNE RIKLIN UND BEAT KRAUSHAAR



«Prostitution ist keine Dienstleistung. Menschen sind keine Ware.»

Wirkung und Wirklichkeit

ALS AM LETZTEN SONNTAG TV-Kommissar Schimanski Jagd auf Zuhälter machte, die minderjährige Mädchen zur Prostitution zwangen, schauten auf SRF, ARD und ORF fast 9 Millionen Menschen zu. Ein Spitzenwert, der nicht überrascht: Sex sells.

FILMREIF WAR AUCH, was zwei Tage später in Zürich bekannt wurde. In die Bestechungsaffäre im Milieu sind auch Beamte der Zürcher Stadtpolizei involviert. Drei Polizisten sitzen nach wie vor in Haft. Sie sollen vor Verhaftungen gewarnt und über Vergehen hinweggesehen – und dafür Gratis-Sex erhalten haben.

DER FALL ZÜRICH sei nur die Spitze des Eisbergs, war zu lesen. Gesetzesbrüche und Korruption scheinen in diesem Gewerbe zum Alltag zu gehören. Das ist die Wirklichkeit. Wenn namhafte Politiker von links bis rechts nun ein neues Gesetz fordern, das nichts weniger als die Prostitution verbieten soll, dann lässt sich eines mit Sicherheit sagen: Auch dieses Gesetz, gerade dieses Gesetz, würde tausendfach gebrochen werden und wäre nie durchsetzbar. Ist das ein Killer-Kriterium für ein Prostitutionsverbot?

NICHT UNBEDINGT. Natürlich kann man die Prostitution nicht per Parlamentsbeschluss abschaffen. Ebenso wenig, wie sich Mord und Totschlag durch einen Strafrechtsartikel eliminieren lassen. Aber ächten kann man Verhaltensweisen mit Verboten, und allein das kann in einer Gesellschaft schon Wirkung zeigen. Das belegt das Beispiel Schweden: Seit dort das «Gesetz zum Verbot des Kaufs sexueller Dienste» in Kraft ist, ging der Menschenhandel zurück. Um diesen geht es letztlich, und nicht um den käuflichen Sex an sich. Das Gesetz führte in Schweden zu einem Mentalitätswandel: Es gilt nicht mehr als «normal», Frauen für Sex zu kaufen.

EIN ABSOLUTES VERBOT bleibt in der liberalen Schweiz fragwürdig, es ist aber richtig, auch diese Massnahme zu prüfen. Denn die Prostitution und der Menschenhandel nehmen hierzulande zu, auch wegen der Personalfreizügigkeit mit der EU. Sie macht es Zuhältern einfacher, Osteuropäerinnen in die Schweiz zu holen. Darum muss sich die Politik der entscheidenden Frage annehmen und tabulos Antworten finden: Wie lassen sich die Frauen am besten schützen, wie kann den Menschenhändlern das Handwerk gelegt werden?

patrik.mueller@schweizamsonntag.ch

INSERAT



Mexico vom Spezialisten.

Pulsierende Grossstädte, schneebedeckte Berge, dichte Urwälder, herrliche Sandstrände, mitreissende Musik und eine hervorragende Gastronomie – das alles und noch viel mehr ist Mexico! Im neuen Katalog finden Sie zahlreiche Reiseideen. Lassen Sie sich inspirieren und von unseren Spezialisten beraten.



Ihr Spezialist für Lateinamerika und die Karibik:
Latino Travel, ein Unternehmen der Knecht Reisegruppe
Rohrerstrasse 100, 5001 Aarau
Telefon 062 834 71 21 – latino@latinotravel.ch www.latinotravel.ch

Die Filialen der Knecht Reisegruppe finden Sie hier:
www.knecht-reisen.ch/standorte



ERLEB ES, UM ES ZU GLAUBEN
visitmexico.com